

## **Antrag**

**der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Jürgen Trittin, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Keine militärische Eskalation gegenüber dem Iran – Konflikt um das Atomprogramm mit Verhandlungen lösen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm gehört zu den zentralen internationalen Streitfragen. Die Bedeutung liegt nicht nur in der Sorge begründet, dass Iran den Besitz einer Atombombe anstrebt, wiederholt Israel bedroht und mit der Unterstützung von Hamas und Hisbollah seine Sicherheit gefährdet und damit die Stabilität der Region massiv untergräbt. Es geht auch um die Relevanz und Zukunft des Nichtverbreitungsvertrags (NVV), die daraus erwachsenden Pflichten und Verantwortungen für alle Mitglieder und die Gefahr eines globalen nuklearen (Rüstungs-)Wettlaufs. Die Weltgemeinschaft muss – auch vor dem Hintergrund der Diskussionen um „Energiesicherheit“ und „Terrorismusprävention“ – grundsätzlich klären, wie sie den Missbrauch der Atomenergie für militärische und terroristische Zwecke zuverlässig verhindern will. Letztlich ist jedoch jegliche Nutzung der Atomenergie nicht nur ökonomisch unsinnig und ökologisch nicht verantwortbar, sondern birgt in sich die Gefahr zur militärischen Nutzung. Mittel- und langfristig brauchen wir deswegen einen internationalen Diskurs, der zur grundsätzlichen Überwindung der Atomenergie führt sowie auf die Entwicklung und den Einsatz erneuerbarer Energien setzt. Solche Alternativen enthalten keinerlei Proliferationsrisiko.

Trotz vielfältiger internationaler Bemühungen und großzügiger Anreize ist es bislang nicht gelungen den Iran, der über Jahre ein geheim gehaltenes Atomprogramm betrieb, zur Klärung offener Fragen und zum Verzicht auf die Urananreicherung zu bewegen. Die internationale Gemeinschaft hat sich entschlossen, darauf mit der in der Sicherheitsratsresolution 1737 beschlossenen Sanktion zu antworten. Im Iran selbst hat eine Debatte darüber begonnen, wie die zukünftige Politik in der Atomfrage aussehen soll. Pragmatiker befürchten eine dauerhafte Isolation des Landes, wenn an einer kompromisslosen Linie festgehalten wird. Nach Ansicht von Experten treibt der Iran zwar sein Atomprogramm voran, ist aber von der Produktion von Atomwaffen noch einige Jahre entfernt. Tatsache ist auch, dass dem Iran nach dem von ihm ratifizierten Nichtverbreitungsvertrag das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie zusteht – was auch die Entwicklung und Nutzung der Urananreicherung beinhaltet. Allerdings ist dieses Recht gebunden an eine Transparenz des Atomprogramms gegenüber

Kontrolleuren der IAEO. Diese hat der Iran jedoch in entscheidenden Fragen verweigert.

Die IAEO hat festgestellt, dass Russland dem Iran seit 2002 außer Uranbrennstoffen auch Anreicherungstechnologie geliefert hat. Damit hat Russland bewusst das Risiko militärischer Nutzung der Atomtechnologie durch den Iran erhöht.

Stattdessen muss jetzt die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft zur friedlichen Lösung des Atomstreits mit Iran gestärkt werden. Dabei müssen parallel zu UN-Sanktionen aktive diplomatische Bemühungen erfolgen, um zu einem Kompromiss in der Anreicherungsfrage zu kommen, damit direkte Verhandlungen möglich werden. Mit Druck alleine ist das Problem nicht zu lösen und militärische Drohungen sind sogar völlig kontraproduktiv, um die iranische Führung zu einem Eingehen auf das internationale Verhandlungsangebot zu bewegen.

Die iranische Einmischung im Irak und teils pauschale Vorwürfe der USA, Iran bedrohe massiv die US-Truppen im Irak, sowie Ankündigungen, vermutete iranische Agenten zu „liquidieren“, sind beunruhigende Zeichen einer Eskalation. Mitglieder der US-Administration – zuletzt Vizepräsident Dick Cheney – und Vertreter Israels haben in der Vergangenheit eine militärische Lösung im Atomstreit nicht ausgeschlossen. Die jüngsten Berichte über Planungen und Vorbereitungen für Militärschläge gegen Nuklearanlagen und Militärstützpunkte im Iran sind alarmierend. Die Durchführung solcher Operationen würde die Hardliner in der iranischen Führung stärken, eine iranische Atombombe auf Dauer nur wahrscheinlicher machen und hätte eine unkalkulierbare regionale und weltpolitische Destabilisierung zur Folge. Nicht zuletzt der schwierige Stabilisierungsprozess in Afghanistan wäre dadurch akut bedroht. Ein militärisches Vorgehen gegen den Iran ist daher abzulehnen.

Zwar ist die Außenpolitik Irans von einem aggressiven regionalen Hegemoniestreben geprägt, das auch die arabischen Nachbarstaaten besorgt. Doch IAEO-Generalsekretär Mohamed al-Baradei hat die westlichen Staaten zu Recht aufgefordert, ebenso vorhandene legitime Sicherheitsinteressen des Iran ernst zu nehmen. Sowohl Iran als auch die anderen Schlüsselakteure müssen alle Provokationen, die direkten Verhandlungen entgegenstehen, vermeiden. Die Tür zu Verhandlungen darf weder durch einen Automatismus in der Sanktionsfrage noch durch militärische Drohszenarien geschlossen werden.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den von den EU-3 begonnenen Verhandlungsprozess zur Verhinderung einer iranischen Atombombe auf Basis des umfassenden internationalen Verhandlungsangebots vom Juni 2006 parallel zu den Sanktionen der UN-Resolution 1737 konsequent weiterzuverfolgen, um schnellstmöglich zur Aufnahme direkter Gespräche zu gelangen;
- gegenüber Iran alle diplomatischen und vertrauensbildenden Mittel auszuschöpfen sowie die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft zu wahren;
- gegenüber den USA deutlich zu machen, dass ein militärischer Eskalationskurs diese Geschlossenheit massiv in Frage stellt;
- militärische Optionen oder Drohungen im Atomstreit mit Iran eindeutig als kontraproduktive und gefährliche Mittel mit unabsehbaren Folgen auch für deutsche und europäische Sicherheitsinteressen zurückzuweisen;

- den verschiedenen iranischen Akteuren die Anreize für eine Verhandlungslösung zu verdeutlichen und legitime iranische Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen;
- die USA davon zu überzeugen – über ihr bestehendes Gesprächsangebot an Iran bei Lösung des Problems der Urananreicherung und über das internationale Verhandlungsangebot hinaus –, Iran Sicherheitsgarantien und eine Aufhebung des einseitigen Wirtschaftsboykotts anzubieten, was im Falle Nordkoreas entscheidend zur Lösung der Krise beigetragen hat;
- deutlich zu machen, dass sich die Bundesregierung an einer militärischen „Lösung“ des Atomstreits unter keinen Umständen beteiligen wird;
- durch einen intensiven Dialog und Austausch mit der iranischen Zivilgesellschaft, großzügige Visavergabe und die Unterstützung in Menschenrechtsfragen deutlich zu machen, dass sich gezielte Sanktionen nicht gegen die iranische Bevölkerung richten, und damit nationalistischen Mobilisierungsversuchen der iranischen Führung entgegenzuwirken;
- darauf hinzuwirken, dass das Nichtweiterverbreitungsregime gestärkt, die Urananreicherung und die Wiederaufarbeitung global internationalisiert und unter Kontrolle der IAEO gestellt werden und der Missbrauch der Atomenergie für militärische und terroristische Zwecke verhindert wird.

Berlin, den 28. Februar 2007

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

